

## Ein Päckchen Pfeffer für OB und Landrat

Was passiert mit der Notaufnahme in der Dinkelsbühler Klinik?

VON MARTINA HAAS  
UND SEBASTIAN HABERL

DINKELSBÜHL - 4522 Unterschriften, die obendrein mit einem Päckchen Pfeffer „gewürzt“ waren, nahmen der Dinkelsbühler Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer und Landrat Dr. Jürgen Ludwig entgegen. Die Unterzeichner fordern den kompletten Erhalt der Grund- und Regelversorgung der Klinik Dinkelsbühl.

Die Unterschriftenaktion hatten die Dinkelsbühler Ärzte Dr. Petra Ziegler und Dr. Matthias Lammel initiiert. Die beiden waren mit dem Ergebnis mehr als zufrieden, seien pandemiebedingt doch viele Möglichkeiten weggefallen, Listen auszuliegen, stellten sie im Rahmen des Übergabetermins fest.

Die 4522 Unterschriften seien ein deutliches Signal der Bevölkerung für den Erhalt des Krankenhauses. Menschen in ländlichen Regionen dürften bei der medizinischen Versorgung nicht schlechter gestellt werden als in Ballungsräumen, so die Mediziner, die die fachliche Leistungsfähigkeit der Klinik hervorhoben. Ganz besonders habe sich das während der ersten Welle der Corona-Pandemie gezeigt.

Landrat Dr. Ludwig erkannte den Wunsch der Bürger an, ein Kran-

kenhaus vor Ort zu haben. In das Haus in Dinkelsbühl werde laufend investiert, zuletzt hohe Beträge in die Operationssäle und die Notaufnahme. Aktuell flössen rund 1,2 Millionen Euro in die Verbesserung der Trinkwasseranlage. Das Krankenhaus in Dinkelsbühl solle auch künftig eine gute Versorgung der Patienten und eine Notaufnahme vorhalten.

Das sei, so Dr. Ludwig, auch die Position des Kreistages und der Stadt Ansbach. „Wir sind bereit, Geld in die Hand zu nehmen“, versicherte er. Wirtschaftlichkeit dürfe bei der medizinischen Versorgung nicht das „Hauptthema“ sein.

Oberbürgermeister Dr. Hammer wertete die Unterschriften als „klare Zeichen aus der Mitte der Bevölkerung“. Medizinisch müsse nicht alles in Dinkelsbühl „passieren“, entscheidend sei die Erstversorgung mit Notaufnahme und Unfallchirurgie. „Das Krankenhaus bleibt erhalten“, stellte er fest. Er würde es sich als Oberbürgermeister „nicht gefallen lassen“, wenn die Klinik „abgewickelt“ werden würde.

Die Befürchtungen der Ärzte nähren sich aus Plänen, die chirurgischen Abteilungen umzustrukturieren. Sollte die Bauchchirurgie komplett nach Rothenburg verlegt werden und sollte die Unfallchirurgie als reine orthopädische Prothetik erhal-



Einen Sack voller Unterschriften übergab Dr. Petra Ziegler an Dinkelsbühls Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer und an Landrat Dr. Jürgen Ludwig, der ebenfalls in Dinkelsbühl wohnt (von links). Die Unterschriften zum Erhalt der Grund- und Regelversorgung des Krankenhauses in der Wörnitzstadt sammelte Dr. Ziegler zusammen mit Dr. Matthias Lammel (rechts).

Foto: Martina Haas

ten bleiben, sei eine echte chirurgische 24-Stunden-Notfallversorgung gefährdet, so die Sorge. „Wehret den Anfängen“, wies Dr. Ziegler im Gespräch mit der FLZ auf mögliche Folgen hin: Für planbare Eingriffe würden keine Anästhesisten rund um die Uhr benötigt, ohne Anästhesisten falle die Intensivstation.

In Dinkelsbühl und Umgebung beruft man sich auf Zusagen im Zusammenhang mit dem kurz vor Weihnachten vorgestellten Medizin-Konzept für die drei ANregiomed-Standorte Ansbach, Dinkelsbühl und Rothenburg. Damals versicherte Vorstand Dr. Gerhard M. Sontheimer: „Die Standorte Dinkelsbühl

und Rothenburg nehmen weiterhin die Aufgabe als Grund- und Regelversorger wahr und sichern die Notfallversorgung.“

Die allgemeine Definition dafür sieht mindestens die beiden Abteilungen Innere Medizin und Chirurgie vor (siehe auch den untenstehenden Kasten).

# „Rund 23 000 Menschen betroffen“

Ärzte kämpfen mit einer Online-Petition um die Dinkelsbühler Chirurgie

DINKELSBÜHL – „Die Allgemein-, Bauch- und Unfallchirurgie am Krankenhaus Dinkelsbühl muss unverändert erhalten bleiben“: Um das zu erreichen, haben mehrere Ärzte eine Online-Petition gestartet.

Die Petition ist an Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gerichtet. Gefordert wird „ein Krankenhausstrukturgesetz, welches die Versorgung auch im ländlichen Raum fördert, anstatt, wie bisher, behindert“.

„Ausgerechnet mitten in der Coronapandemie wurden Weichen gestellt, die Bauchchirurgie und Teile der akuten Unfallchirurgie 2022 vom Klinikstandort Dinkelsbühl an den Klinikstandort Rothenburg zu verlegen“, schreiben die Initiatoren rund um Dr. Petra Ziegler und Notarzt Dr. Matthias Lammel.

„Dinkelsbühl befindet sich im flächengrößten Landkreis Bayerns. Bei Verlegung dieser Abteilungen kann nur noch eine eingeschränkte Notfallversorgung angeboten werden, bei der definitiv zwischen 18 und 8 Uhr keine Notoperationen, wie zum Beispiel am Blinddarm durchgeführt werden können“, wird die Situation geschildert. In diesem Fall würde „die gesetzlich vorgeschriebene maximale Anfahrtszeit zur operativen Versorgung deutlich überschritten“. Betroffen wären rund 23 000 Menschen. Und: „Dies würde eine erneute Schwächung des Klinikstandortes Dinkelsbühl bedeuten.“

Gerade in Zeiten einer Pandemie sei die Bedeutung kleiner Krankenhäuser klar geworden, heißt es in



Notarzt Dr. Matthias Lammel setzt sich – wie auch andere Mediziner – für die Dinkelsbühler Klinik ein. Foto: Petra Ziegler

dem Text. „Die politische Zielsetzung, kleine Krankenhäuser zu reduzieren, ist kritisch zu hinterfragen und entspricht keinesfalls den sozialen und medizinischen Bedürfnissen der Menschen auf dem Land.“ Die Bevölkerung auf dem Land dürfe nicht schlechter gestellt sein als in den Ballungsräumen.

Dinkelsbühl ist für die Initiatoren der Petition ein Beispiel dafür, „dass eine echte und funktionierende Grund- und Regelversorgung – in diesem Fall mit Erhalt der wohnortnahen Allgemein- und Bauchchirurgie rund um die Uhr – für die Menschen in den ländlichen Regionen im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig ist“.

Das Krankenhaus Dinkelsbühl gehört zum kommunalen Klinikverbund ANregiomed mit insgesamt drei Akutkliniken. Neben Dinkels-

bühl sind das Rothenburg und als Schwerpunktkrankenhaus Ansbach. Der Verbund weist seit seiner Gründung 2013 Jahr für Jahr Millionen Euro an Defizit aus. Landkreis und Stadt Ansbach müssen dieses Minus ausgleichen. Vorstand Dr. Gerhard M. Sontheimer verteidigt die Pläne für Dinkelsbühl: „Wir können keine Hauptabteilung mit 24/7-Betrieb in Dinkelsbühl aufrecht erhalten.“ Eine planbare Versorgung „des Blinddarms“, „der Gallenblase“ oder „des Leistenbruchs“ werde auch künftig in Dinkelsbühl möglich sein. Für eine Versorgung rund um die Uhr an sieben Tagen wären aber mindestens vier Fachärzte nötig, „schon heute haben wir nur noch zwei“.

Wer im Internet nach „Krankenhaussterben in Pandemiezeiten“ sucht, kommt zur Dinkelsbühler Online-Petition. SEBASTIAN HABERL

# Rund 350 Bürger bei Klinik-Demo in Dinkelsbühl

Die Initiatoren Dr. Petra Ziegler und Dr. Matthias Lammel warnten vor einer Schwächung des Krankenhaus-Standortes durch die Umstrukturierung der Chirurgie

VON JÜRGEN BINDER

**DINKELSBÜHL.** - Krankenhaus-Demos haben eine lange Tradition im Landkreis Ansbach. An diese wurde gestern Abend in Dinkelsbühl angeknüpft. Rund 350 Leute zeigten Flagge für ihre Klinik und protestierten gegen deren durch den Umbau der Chirurgie drohende Schwächung.

Die für 2022 angekündigte Umstrukturierung sieht vor, im Rothenburger Haus an sieben Tagen pro Woche rund um die Uhr die Aufnahmebereitschaft und sofortige Operierbarkeit von Notfällen aufrechtzuerhalten, während dies in Dinkelsbühl nur mehr tagsüber sichergestellt wäre und sich das Geschehen ansonsten vor allem auf Planbares beschränken würde. Der ANregio-med-Vorstand verteidigte gestern in einer Pressemitteilung diese Pläne als fachlich und wirtschaftlich geboten (siehe dazu Artikel unten).

Im Raum Dinkelsbühl stoßen die Überlegungen hingegen auf Unverständnis, auch in Medizinerkreisen. So sammelte ein Team um die niedergelassene Hautärztin Dr. Petra Ziegler und den Notarzt Dr. Matthias Lammel in den vergangenen Wochen mehr als 3000 Unterschriften gegen die Pläne und organisierte eine Kundgebung, die gestern auf dem Weinmarkt im Zentrum der Altstadt stattfand. Es waren auch Protest-Transparente vorbereitet worden. „Ein akuter Blinddarm fragt nicht nach der Zeit“, lautete eine der Botschaften.

Dr. Petra Ziegler betonte, dass der Fortbestand der Dinkelsbühler Klinik, deren Personal in den vergangenen Monaten einen hervorragenden Job gemacht habe, aktuell nicht gefährdet sei. Es gelte aber, den Anfängen zu wehren, also einer drohenden Schwächung entschieden



An Menschenansammlungen wie jene, die sich gestern Abend am Dinkelsbühler Weinmarkt ergab, muss man sich in Pandemie-Zeiten erst wieder gewöhnen. Foto: Jürgen Binder

entgegenzuwirken, um die Klinik langfristig zu sichern: „Was wir hergeben, kommt nicht wieder.“

Ihr Kollege Dr. Matthias Lammel schilderte aus seiner beruflichen Praxis das Beispiel eines 57-jährigen Bauch-Notfallpatienten, dessen Leben nach der Einlieferung ins Dinkelsbühler Haus durch sofortige Operation gerettet worden sei. Ein derart optimaler Verlauf sei womöglich nicht mehr gewährleistet, wenn die geplante Umstrukturierung „mit

fehlender fachärztlich-chirurgischer Präsenz zwischen 18 und 8 Uhr“ komme. Die entsprechende Schwächung des Klinikstandortes müsse verhindert werden: „Es reicht!“, so Dr. Lammel, der dafür starken Beifall erntete.

Einen deutlich schwereren Stand hatte gestern im historischen Zentrum seiner Heimatstadt Landrat Dr. Jürgen Ludwig, der in seiner Funktion als Vorsitzender des ANregio-med-Verwaltungsrats die Umstrukturierungspläne des Vorstands zu erklären versuchte. Fakt sei, dass die Grund- und Regelversorgung bleibe. Realistischerweise müsse aber auch zugegeben werden, dass das Gesundheitssystem die Bildung von größeren Einheiten und Schwerpunkten unumgänglich mache, so Ludwig, der schließlich betonte, wether für das Dinkelsbühler Krankenhaus kämpfen zu wollen, und für seine Ausführungen neben Beifall auch einige Buhrufe erntete.

Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer bezeichnete es als grundsätzlich positiv, dass in Dinkelsbühl Bürger für ihr Krankenhaus auf die Straße gegangen seien. Die Argumente, die der Vorstand für die Umstrukturierung vorbringe, seien zwar nachvollziehbar und überzeugend. Aber in der Bürgerschaft werde hierzu offenbar erheblicher Diskussionsbedarf gesehen. Wenn das so sei, müsse reagiert und noch einmal nachverhandelt werden, so Hammer.

## Brandbrief an Söder

Dinkelsbühler Initiative hat rund 9000 Unterschriften gesammelt

**DINKELSBÜHL.** - Die Initiative zur Erhaltung der Bauch- und Allgemeinchirurgie an der ANregio-med-Klinik in Dinkelsbühl hat eine Petition gestartet und nun rund 9000 Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt.

In einem offenen Brief hat die Gruppe um die Dermatologin Dr. Petra Ziegler, Dr. Matthias Lammel (Notarzt, Chirurg im Ruhestand) und Dr. Gerd Rüdiger Franke (Facharzt für Innere Medizin im ANregio-med MVZ Dinkelsbühl) Ministerpräsident Markus Söder zum Handeln aufgefordert, „uns in dieser Situation zu unterstützen“.

Die rund 9000 Bürgerunterschriften sollen im Original als „gewichtiges Paket geschnürt“ an die Bayerische Staatskanzlei adressiert werden. Gesammelt wurden die Unterschriften in Arztpraxen, Apotheken, Geschäften und im Internet. Die Re-

sonanz werten die Initiatoren als „klares Signal“ gegen die geplanten Umstrukturierungen. Anfang Juli waren etwa 350 Menschen aus Protest in Dinkelsbühl auf die Straße gegangen. Landrat Dr. Jürgen Ludwig und Dinkelsbühls Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer sitzen im Verwaltungsrat von ANregio-med. Deshalb wandte sich die Initiative an die höhere politische Instanz.

Teile der Unfallchirurgie und die Bauchchirurgie sollen laut Ankündigung von ANregio-med-Vorstand Dr. Gerhard Sontheimer innerhalb des ANregio-med-Klinikverbundes von Dinkelsbühl in die 50 Kilometer entfernte Rothenburger Klinik verlagert werden. Während in Rothenburg durchgängig Patienten aufgenommen werden können, würden in Dinkelsbühl lediglich tagsüber geplante Operationen durchgeführt.

Kritiker befürchten, die Umstrukturierungen würden die Grund- und

Regelversorgung der Menschen in der Region gefährden. Die Initiative fordert in ihrem Brandbrief „den Erhalt der Viszeral- und Allgemeinchirurgie – nicht nur tagsüber – mit entsprechend personeller und qualifizierter Besetzung vor Ort“. Ansonsten sei „eine Abwanderung von Patienten in die angrenzenden Regionen zu befürchten“.

Die Gruppe wendet sich auch gegen „eine Schwächung der verbleibenden stationären Inneren Medizin durch fehlende Kooperation und gegen die Schwächung der internistischen ambulanten Gastroenterologie des MVZ“ in Dinkelsbühl. Man habe die Befürchtung, wird in dem Schreiben ausgeführt, dass der Standort weiter reduziert werde. Mit Folgen für die Intensivmedizin mit ihren Betten und der Anästhesie bis hin zum Risiko der Aufgabe aus ökonomischen Gründen“.

SILVIA SCHAFFER



Dr. Petra Ziegler und Dr. Matthias Lammel von der Bürgerinitiative mit der Unterschriftenmappe für Markus Söder. Foto: Dr. Andreas Hoffmann